

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)

Gibt es eine systematische Erstellung unrichtiger Gesundheitszeugnisse zulasten von Gewaltopfern in Niedersachsen?

Anfrage der Abgeordneten Meta Janssen-Kucz (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 30.10.2019

Auf „open Portal - Das offene PR-Portal“ wurde Ende April ein Artikel veröffentlicht (<https://www.openpr.de/news/1045687.html>), der über einen Beamten der niedersächsischen Landesverwaltung berichtete. Nach der Aussage des Beamten sollen Sozialbehörden und Gerichte der Länder Niedersachsen und Bremen seit mehreren Jahren „zwecks Haushaltsentlastung regelmäßig korrupte ärztliche Gutachter gegen schwerbehinderte Menschen und traumatisierte Gewaltopfer zulasten ihrer existenzsichernden Ansprüche auf Leistungen wie Berufsschadensausgleich und Opferentschädigung“ beauftragen. Zwischenzeitlich ist offensichtlich auch eine Petition beim Niedersächsischen Landtag eingereicht worden (<http://chng.it/cKzsVbDSnC>).

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über eine systematische Erstellung unrichtiger Gesundheitszeugnisse im Auftrag von Sozialbehörden und Gerichten?
2. Nach welcher Regel und welchem Modus werden Gutachter im außergerichtlichen und gerichtlichen Verfahren aus Berufsschadensausgleich und Opferentschädigung ausgewählt?
3. Wie kann die Landesregierung ohne jeden Zweifel ausschließen, dass bei den betreffenden Sozialbehörden keine „korrupten ärztlichen Gutachter gegen schwerbehinderte Menschen und traumatisierte Gewaltopfer zulasten ihrer existenzsichernden Ansprüche auf Leistungen“ ausgewählt wurden?